

Gutes Jahr für AHV, IV und EO

ZÜRICH sda. Die Sozialversicherungen AHV, IV und EO haben mit ihren Anlagen im Jahr 2014 deutlich mehr Geld verdient als im Vorjahr. Die Rendite betrug 7,11 Prozent, im Jahr 2013 waren es knapp 3 Prozent gewesen. Die Renditen der drei Sozialversicherungen waren 2014 sehr unterschiedlich, weil sie seit 2011 mit verschiedenen Risikoprofilen bewirtschaftet werden. Während AHV und EO etwas mehr Aktien im Portfolio haben und damit eine Rendite von 6,74 respektive 6,77 Prozent erreichten, brachte die IV weniger ein. Die Gelder der IV sind aus Sicherheitsgründen etwas konservativer angelegt, wobei das Risiko für das Jahr 2014 im Vergleich zu früher aber geringfügig erhöht wurde. Die Rendite erreichte so immerhin 5 Prozent.

EU-Wirtschaft wächst stärker

LUXEMBURG sda. Positive Überraschung aus der Eurozone: Die Wirtschaftsleistung der Länder mit der Euro-Währung ist im Schlussquartal 2014 etwas stärker gewachsen als erwartet. Düster bleibt die Situation allerdings in Griechenland. Wie das europäische Statistikamt Eurostat gestern in Luxemburg mitteilte, stieg das Bruttoinlandprodukt (BIP) in den Euroländern gegenüber dem Vorquartal um 0,3 Prozent. Ökonomen hatten 0,2 Prozent erwartet. Im Gesamtjahr legte die Wirtschaftskraft im Euroraum um 0,9 Prozent zu. Insgesamt 19 Länder in Europa nutzen den Euro als Währung, Litauen ist aber erst zum Jahresanfang hinzugekommen.

Nach wie vor verteilt sich das Wachstum ungleichmässig: Estland wuchs im vierten Quartal mit 1,1 Prozent am stärksten, gefolgt von Deutschland und Spanien mit je 0,7 Prozent. Dagegen erhöhte sich die Wirtschaftsleistung in Frankreich um lediglich 0,1 Prozent. Die Nummer drei im Euroraum, Italien, stagnierte hingegen.

Ermittlungen gegen CS-Kunden

ITALIEN Staatsanwälte in Mailand ermitteln gegen tausend reiche Italiener wegen Finanzprodukten einer CS-Tochterfirma. Sie sollen bis zu 8 Milliarden Euro am Fiskus vorbeigeschleust haben.

DOMINIK STRAUB, ROM
wirtschaft@luzernerzeitung.ch

Nach der berühmten «Falciani-Liste», auf der sich auch 7000 italienische HSBC-Kontoinhaber befinden, macht in Italien nun eine weitere Liste von mutmasslichen Steuerhinterziehern Schlagzeilen. Im Visier des auf Finanzdelikte spezialisierten Mailänder Staatsanwalts Francesco Greco befindet sich die Schweizer Grossbank Credit Suisse bzw. deren Tochter Credit Suisse Life & Pension in Mailand. Bei der Filiale sollen insgesamt rund tausend reiche Italiener, vorwiegend norditalienische Unternehmer, bis zu 8 Milliarden Euro an Schwarzgeld in Lebensversicherungen investiert haben, berichtete der «Corriere della Sera» gestern.

CS kooperiert mit den Behörden

Zunächst war spekuliert worden, auch die Liste der CS-Kunden könnte das Resultat eines Datendiebstahls sein, was aber nicht zutrifft. Die Unterlagen waren bei einer Razzia der Finanzpolizei in Mailand schon im vergangenen Dezember sichergestellt worden. Die CS hatte das Vorgehen der italienischen Behörden damals bestätigt und erklärt, die Bank arbeite vollumfänglich mit den italienischen Behörden zusammen. Staatsanwalt Greco ermittelt gegen die Kunden und gegen Bankverantwortliche unter anderem wegen Steuerbetrugs, Geldwäscherei und Behinderung der Aufsichtsbehörden.

Prominenter Politiker involviert

Zwei Monate nach der Razzia liegen laut dem «Corriere della Sera» nun die ersten Auswertungen der sichergestellten Unterlagen vor. So konnte bei 351 der rund tausend Kontoverbindungen inzwischen der Inhaber identifiziert werden; bei einem von ihnen handelt es sich um einen nationalen Politiker



Betroffen von den Ermittlungen der italienischen Steuerbehörden ist eine Versicherungstochter der Credit Suisse in Mailand. Das Bild zeigt eine Mailänder CS-Filiale.

Keystone/Martin Rüetschi

aus dem sozialdemokratischen Partito Democratico von Regierungschef Matteo Renzi. Die Schwarzgeldsumme, die

«Die Finanzprodukte dienten einzig und allein dem Zweck der Steuerhinterziehung.»

ALDO POLITO,
DIREKTOR STEUERAMT
MAILAND

von den bisher eruierten Kontoinhabern mit den CS-Lebensversicherungen am italienischen Fiskus vorbeige-

schleust worden ist, beläuft sich laut dem Zeitungsbericht auf etwa 1 Milliarde Euro.

Selbstanzeige nicht mehr möglich

Bei den Finanzprodukten, die zur Umgehung der Steuerbehörden verwendet wurden, handelt es sich um sogenannte Mantel-Versicherungen, bei denen der Kunde mitbestimmen kann, wie seine Prämien angelegt werden. Diese Instrumente hätten nur zum Schein Versicherungscharakter und dienten einzig und allein dem Zweck der Steuerhinterziehung, zitierte der «Corriere della Sera» den Direktor des Mailänder Steueramts, Aldo Polito. Der illegale Charakter lasse sich auch daran ablesen, dass einige der fraglichen CS-Kunden offenbar in aller Eile noch

versucht hatten, ihre Policen im Rahmen des noch bis September laufenden Selbstanzeigeprogramms zu legalisieren.

Für die Kunden der Mailänder CS-Filiale dürfte der Weg der freiwilligen Selbstanzeige versperrt sein, da die Ermittlungen schon laufen. Insgesamt werden sich das Selbstanzeigeprogramm und die kürzliche Einigung auf ein neues bilaterales Steuerabkommen zwischen der Schweiz und Italien aber in den Bilanzen der meisten Schweizer Banken bemerkbar machen: «Wir rechnen für das Jahr 2015 mit einem Kapitalabfluss von 10 bis 15 Milliarden Franken, insbesondere wegen der Legalisierung der italienischen Altvermögen», erklärte CS-Finanzchef David Mathers bei der Vorstellung der Quartalszahlen am Donnerstag.

Griechenlands Realitätsverlust

Die Situation in Griechenland überrascht keinen Ökonomen. In 90 der letzten 192 Jahren stand der hellenische Staat in Geldnot, tilgte die fälligen Schulden nicht oder bediente seine Staatsschulden nicht (Zinsausfall). Man hat sich in Athen so sehr daran gewöhnt, dass man das harte Arbeiten vergessen hat. Lieber träumt man da wohl von einer Zeit, in der es Geld vom Himmel regnet. Womöglich noch auf die von Brüssel ohnehin schon stark subventionierten Olivenhaine.

Überhaupt solle es wieder einmal nach dem Willen der Griechen gehen. Nach dem neuen griechischen Ministerpräsidenten Alexis Tsipras sei es der

AUSSICHTEN

erklärte Wille, einen Schuldenschnitt von 60 Prozent zu erzielen. Dabei ist es noch keine zwei Jahre (!) her, dass man Griechenland mit Erleichterungen entgegengekommen ist. Das war faktisch ein Schuldenschnitt von 100 Milliarden Euro (mehr als 10 000 Franken pro Einwohner!) respektive 40 Prozent – und jetzt sollen nochmals Geschenke gemacht werden?

Im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt hat Griechenland eine der niedrigsten Schuldendienstraten der gesamten EU. Ein erheblicher Teil der Zinsen auf den Staatsschulden kann Griechenland übrigens mit der Ge-

winnbeteiligung an der Europäischen Zentralbank (EZB) begleichen. Berücksichtigt man auch noch diesen Sachverhalt, sind die Forderungen ein blanker Hohn. Gleichzeitig ist die hochrentable EZB-Beteiligung der Hauptgrund, weshalb die griechische Regierung in der Eurozone verbleiben will. Aber nach welchem Willen soll es nun weitergehen?

Bei einer an Schizophrenie erkrankten Persönlichkeit kann und darf sich die medizinische Hilfe nicht am Patientenwillen orientieren. In einem Schuldverhältnis ist es sogar schlimmer. Jemand bekam Geld, konsumierte Waren, kaufte Dienstleistungen und erbat zuletzt Unterstützungsleistungen. Und dieselbe Person will nun nicht für die Rechnung aufkommen und stösst die Hilfe zur Selbsthilfe weit weg von sich. Es sei ja okay, wenn man in Dublin, Lissabon, Madrid und selbst in Rom die Rechnungen zahlen würde, aber schliesslich sei man hier in Athen.

Ich habe Mühe damit, in einer solchen Situation dem seit 192 Jahren kranken Patienten immer noch fast unbeschränkte Pflegehilfe zu bieten. Nur schon Geduld aufzubringen, fordert einiges. Es handelt sich beim griechischen Staat letztlich um einen Moloch, um eine korrupte Organisation, die mit kriminell gefälschten Statistiken die Brüsseler Administration jahrelang an der Nase herumge-



führt hat. Nun ist hoffentlich mal Schluss.

Sogar in den angrenzenden Staaten wie Mazedonien und Albanien findet man mehr Rechtssicherheit vor. In Griechenland gibt es kein funktionierendes Grundbuchamt und keine Steuermoral. Vielmehr ist es die grosse Mehrheit von Millionären und Milliardären, die auch von der heutigen Regierung nicht zum Steuerzahlen ernsthaft aufgefordert wird. Lieber reist Letztere nach Brüssel und Frankfurt und erbittet sich einen Schuldenschnitt, der dem Land nicht wirklich weiterhilft.

Dem Austritt Griechenlands aus der Eurozone, dem sogenannten Grexit, etwas Schlechtes abzugewinnen, damit habe ich ebenfalls meine Mühe. Im Gegensatz zum Jahr 2012, als in mehreren peripheren Staaten gravierende Probleme geherrscht haben, hat sich die Lage bis auf Griechenland beruhigt, sogar deutlich verbessert. Der Grexit wäre ein Segen für die Währung, ein Signal der Stärke des Euro. Nicht der Austritt ist das grösste Risiko, sondern der Verbleib des chronisch kranken Patienten.

Im Kern wissen das die Griechen selbst auch. Die neue Regierung stützt sich nur gerade auf rund 36 Prozent aller Stimmen. Und diese Stimmen sind durch populistische Versprechungen (Wiedereinstellung entlassener Staatsbeamter usw.) entstanden. Nicht durch ein durchdachtes Konzept, nicht durch

eine glaubwürdige Politik, nicht durch eine Motivation zur grundlegenden Erneuerung von Staat und Gesellschaft. Es wäre ein gefährliches Experiment der EU, solchen politischen Rattenfängern zu helfen. Es rief nur Nachahmungsstater hervor. In der globalen Rangliste der Wettbewerbsfähigkeit liegt das griechische Bildungssystem an 111. Stelle, die Staatseffizienz an 129. Stelle und die Wirksamkeit des Steuersystems an 141. Stelle. Die griechische Regierung, die in erster Linie den bösen Feind im ausländischen Gläubiger sieht und ihr Heil im Brechen sämtlicher Grundsätze und Vereinbarungen sucht, ist in ihrer Wahrnehmungsstörung kaum mehr zu überbieten.

Reformmüdigkeit in Europa darf nicht durch einen weiteren Schuldenerlass belohnt werden. Als Aussenstehende können wir in der Schweiz um Deutschlands Rolle als Stabilitäts- und Reformwächter in der EU dankbar sein. Gross wäre die Gefahr, mit einer Politik des Verhättscheln Griechenlands die falschen Signale zu senden. Derweil benachbarte Staaten wie Bulgarien und Mazedonien sich von viel weiter unten emporarbeiten müssen: übrigens ohne mit einem Entgegenkommen rechnen zu können, das die neue griechische Regierung für sich so selbstverständlich in Anspruch nimmt.

HINWEIS

Maurice Pedergnana (49) ist Professor für Banking und Finance an der Hochschule Luzern – Wirtschaft und Studienleiter am Institut für Finanzdienstleistungen Zug (IFZ).